

Weltweite Abstimmungen 2025: Von Militärbasen bis zu Schneehasen

Robin Gut, Mara Labud
23rd April 2026



Im Jahr 2025 stimmten die Bevölkerungen von neun Ländern sowie einem britischen Überseegebiet auf nationaler Ebene über 30 Themen ab. Dabei war eine Volksabstimmung in Ecuador im November 2025 von geostrategischem Interesse. In dieser erteilten die ecuadorianischen Stimmberechtigten dem Ansinnen der USA eine klare Abfuhr, erneut eine militärische Präsenz in dem südamerikanischen Land zu etablieren.

Neben den nationalen weltweiten Volksabstimmungen untersuchten wir auch kantonale Volksabstimmungen in der Schweiz. In den Kantonen stimmte die Bevölkerung 2025 über 97 Vorlagen ab. Dabei hat sich unter anderem der Kanton Uri knapp gegen ein Jagdverbot für Schneehühner und Schneehasen ausgesprochen.

Ablehnung eines Militärstützpunktes und eines Kreuzfahrthafens: nationale Volksabstimmungen weltweit

Im Jahr 2025 wurden weltweit in neun Ländern sowie dem britischen Überseegebiet der Cayman Islands im Total 30 nationale Volksabstimmungen durchgeführt. Dies ist etwas weniger als die pro Jahr durchschnittlich rund 40 Volksabstimmungen in den letzten zehn Jahren. Diese Abstimmungen wurden teilweise von geostrategischen Ereignissen beeinflusst, behandelten aber auch gesellschaftliche und wirtschaftliche Themen.

In **Ecuador** lehnten 60 Prozent der Stimmenden die Rückkehr von US-Militärstützpunkten auf ecuadorianischem Boden ab. Dies, obwohl die damalige US-Ministerin für Innere Sicherheit Kristi Noem und der ecuadorianische Präsident Daniel Noboa zuvor stark für die Rückkehr amerikanischer Militärbasen geworben hatten. Zeitgleich lehnte die ecuadorianische Stimmbevölkerung Vorlagen zur Verkleinerung der Nationalversammlung und zur Änderung der Parteienfinanzierung ab.

In **Ungarn** rief Ministerpräsident Viktor Orbán zu einer inoffiziellen Online-Konsultation namens «Voks 2025» auf, um gegen den EU-Beitritt der Ukraine zu mobilisieren. Auslöser dieser Abstimmung war der Beginn formeller EU Beitrittsverhandlungen für die Ukraine, was die ungarische Regierung als existenzielle Bedrohung für Ungarns Wirtschaft und Sicherheit darstellt. Laut Regierungsangaben stimmten 95 Prozent der Teilnehmenden an der Konsultation gegen den Beitritt. Die Ergebnisse konnten allerdings nicht unabhängig verifiziert werden. Das Resultat wurde von Orbán seitdem wiederholt als politisches Argument gegenüber der EU genutzt.

In **Guinea** liess die regierende Militärjunta über eine neue Verfassung abstimmen, welche das Land aus der Übergangsphase nach dem Militärputsch 2021 herausführen sollte. Trotz Boykottaufrufen der Opposition wurde die Vorlage offiziell mit knapp 90 Prozent Zustimmung bei einer offiziell sehr hohen Beteiligung von 88 Prozent angenommen. Es gab kaum eine Gegenkampagne, da die Oppositionsparteien suspendiert und die Medienberichterstattung stark eingeschränkt waren. Im Nachgang zum Referendum liess sich Putschistenführer Mamady Doumbouya trotz anderslautender Versprechungen zum Präsidenten wählen.

In der **Schweiz** entschied das Volk 2025 über fünf nationale Vorlagen. Angenommen wurden die Einführung der staatlichen E-ID (knapp mit 50,4 Prozent Ja-Stimmenanteil) und die Abschaffung des Eigenmietwerts. Deutlich abgelehnt wurden hingegen die Umweltverantwortungsinitiative, die Service-Citoyen-Initiative sowie die Erbschaftssteuer-Initiative.

In **Slowenien** wurde die Erhöhung der Rentenzuschläge für Künstlerinnen und Künstler angenommen, währenddem die Einführung von begleitetem Suizid mit 53 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde.

Italien stimmte über fünf Vorlagen zu Arbeitsrecht und Staatsbürgerschaft ab. Obwohl eine Mehrheit der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger zustimmte, scheiterten alle Vorlagen, da das Beteiligungsquorum von 50 Prozent nicht erreicht wurde.

Auf den **Marshallinseln** wurden von sieben Verfassungsänderungen (unter anderem zu Korruptionsbekämpfung und Staatsbürgerschaft) sechs mit grosser Mehrheit angenommen, obwohl die Stimmbeteiligung mit 13 Prozent sehr niedrig war.

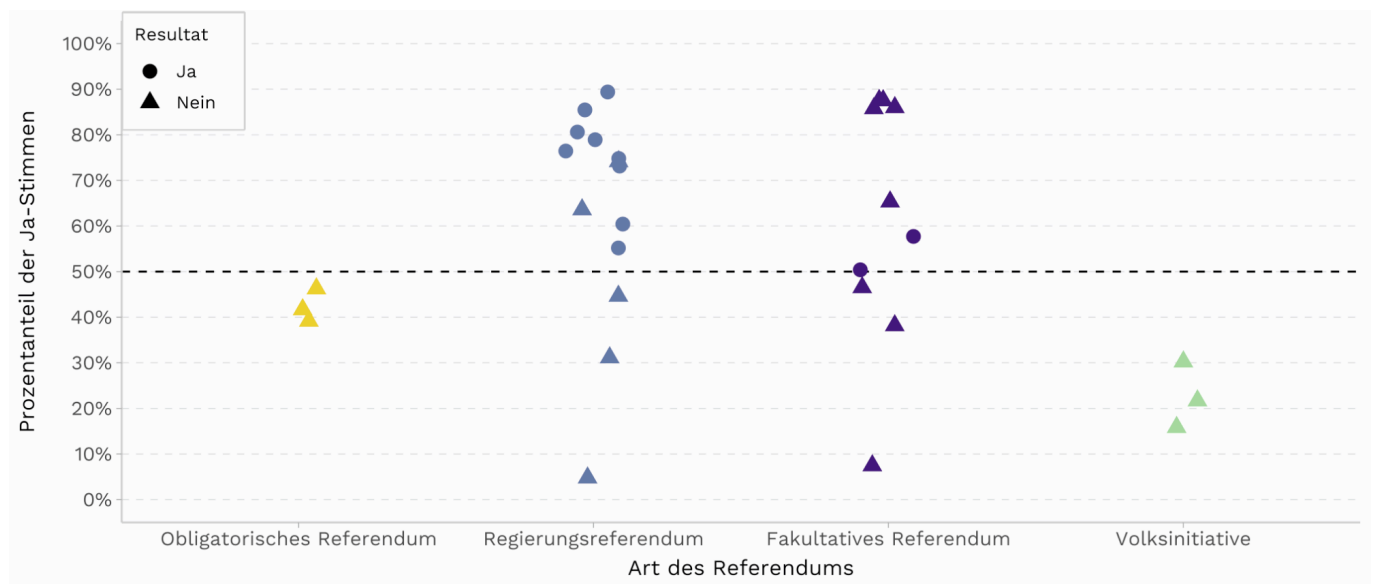
In **Taiwan** scheiterte eine Vorlage zur Wiedereröffnung eines Kernkraftwerks. Zwar waren die Befürworterinnen und Befürworter unter den Abstimmenden in der Mehrheit, insgesamt stimmten jedoch weniger als ein Viertel der Stimmberechtigten zu.

In **Nauru** lehnte die Bevölkerung eine Verlängerung der Legislaturperiode von drei auf vier Jahre ab. Zu guter Letzt stimmte das britische Überseegebiet

der **Cayman Islands** der Entkriminalisierung von Cannabis und der Einführung einer staatlichen Lotterie zu und lehnte den Bau eines Hafens für Kreuzfahrtschiffe ab.

Gemessen am Abstimmungstypus waren von der Regierung initiierte Volksabstimmungen am häufigsten von Erfolg gekrönt (siehe Abbildung 1). Demgegenüber fand keine der drei Schweizer Volksinitiativen eine Mehrheit. In Italien und Taiwan spielten gesetzliche Quoren eine entscheidende Rolle für das Scheitern von Vorlagen, trotz Mehrheiten an der Urne. Während dies in Taiwan eher ein Novum ist, scheitern Vorlagen in Italien immer wieder an hohen Beteiligungsquoren. In diesem Fall stand die italienische Regierung den Referendumsvorlagen ablehnend gegenüber. Sie empfahl deshalb den Stimmberechtigten, gar nicht erst abstimmen zu gehen.^[1] Die Stimmbeteiligung in Volksabstimmungen weltweit wies eine grosse Bandbreite auf zwischen 13 Prozent (Marshallinseln) und offiziell 88 Prozent (Guinea) auf.

Abbildung 1: Typus, Ja-Stimmen-Anteil und Resultat nationaler Volksabstimmungen weltweit im Jahr 2025.



Quelle: RDB, N=30. Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto, basierend auf Labud et al. (2026).

Das Schweizer Abstimmungsjahr 2025 in den Kantonen

Im Jahr 2025 stimmte die Schweizer Bevölkerung über insgesamt 97 kantonale Vorlagen ab. Dabei fungierten die Kantone erneut als «Laboratorien des Föderalismus», da sie eine grosse thematische Bandbreite abdeckten, die weit über das nationale Themenfeld hinausging.

Im Themenbereich **Staatsorganisation und politische Rechte** wurde unter anderem in Appenzell Ausserrhoden die Totalrevision der Kantonsverfassung mit 75 Prozent Ja-Stimmen deutlich angenommen. Vorlagen zur Einführung und Ausdehnung des Ausländer:innenstimmrechts in Appenzell Ausserrhoden und in der Waadt wurden hingegen abgelehnt. Der Kanton Waadt lehnte ebenfalls das Stimmrecht für Personen unter umfassender Beistandschaft ab (26,1 Prozent Ja), während der Kanton Zug einer fast identischen Vorlage mit 51,3 Prozent Ja-Stimmen knapp zustimmte. In Luzern wurde die Senkung des Stimmrechtsalters

auf 16 Jahre deutlich abgelehnt (20,9 Prozent Ja).

Im Themenbereich **Wirtschaftspolitik und Arbeit** wurden unter anderem Initiativen für kantonale Mindestlöhne in Basel-Landschaft (48,6 Prozent Ja), Solothurn (42 Prozent Ja) und Freiburg (46,5 Prozent Ja) abgelehnt. Im Kanton Aargau scheiterte die Initiative «Lohnleichheit im Kanton Aargau – Jetzt!» mit 37,2 Prozent Ja-Stimmen, und die St. Galler Stimmbevölkerung lehnte eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bereits zum vierten Mal ab (35,2 Prozent Ja).

Im Themenbereich **Sozialpolitik** wurde unter anderem in Bern eine Miet-Initiative zur Offenlegung von Vormieten angenommen. In Zürich wurde eine Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum abgelehnt, währenddem der Gegenvorschlag des Parlaments mit 51 Prozent Ja-Stimmen knapp angenommen wurde. Im Kanton Luzern scheiterte die Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» (22,5 Prozent Ja) deutlich, währenddem der Gegenvorschlag der Regierung mit 57,2 Prozent Ja angenommen wurde. In Uri lehnte das Stimmvolk ein neues Kinderbetreuungsgesetz ab. Im Tessin wurden zwei Initiativen angenommen, die die Kostenexplosion bei den Krankenkassenprämien stoppen und deren steuerliche Absetzbarkeit erhöhen wollten. In Genf wurde eine Initiative für einen besseren Zugang zu Zahnbehandlungen mit 49,9 Prozent Ja-Stimmen äusserst knapp abgelehnt. In Obwalden wurde mit 90 Prozent Ja-Stimmen ein Grundkatalog von Dienstleistungen angenommen, welche Spitäler mindestens anbieten müssen. Im Kanton Luzern hingegen wurde ein ähnlicher Katalog an der Urne wieder abgeschafft.

Gleichzeitig hat sich 2025 erneut gezeigt, dass das Volk auch eigene Themen auf die politische Agenda setzen kann. So wurde im Kanton Freiburg die Volksinitiative «pour la sauvegarde du lac de la Gruyère et de ses rives » mit 40.3 Prozent Ja-Stimmen abgelehnt, die den Naturschutz am Greyerzersee hätte in der kantonalen Verfassung festschreiben wollen. Im Kanton Uri wurde mit einem Ja-Stimmenanteil von 47.1 Prozent knapp die Volksinitiative «Schneehuhn und Schneehase leben lassen!» abgelehnt. Mit dieser hätten Alpenschneehühner und Schneehasen von der Liste der jagdbaren Tiere gestrichen werden sollen. Beide Tierarten stehen auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN.

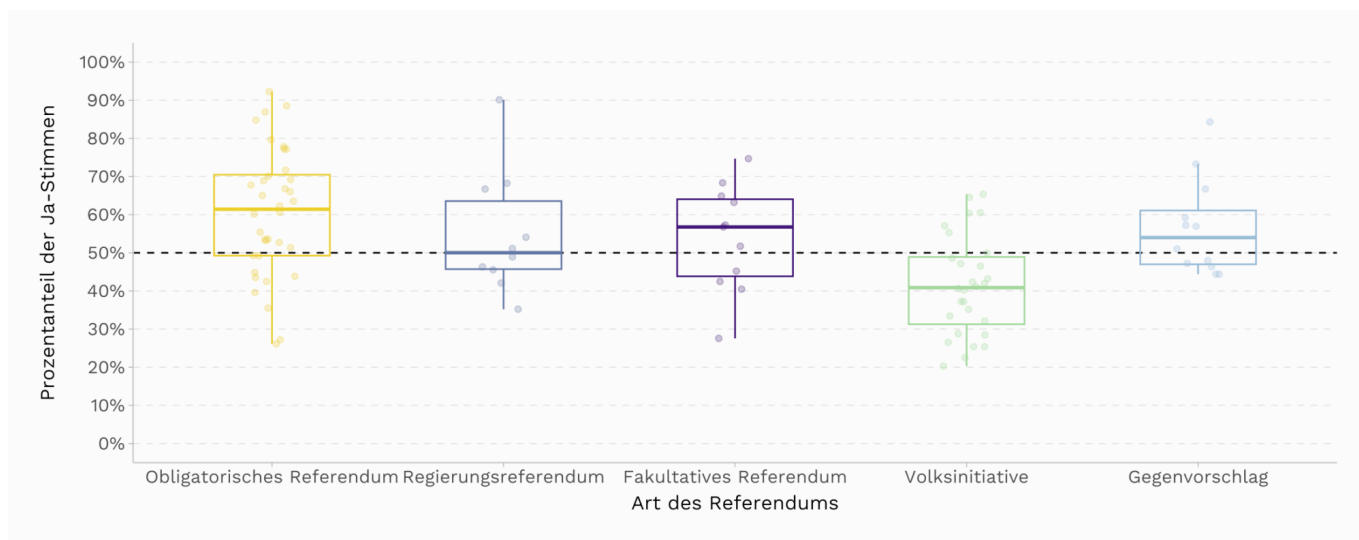
Wie aus Abbildung 2 ersichtlich wird, wurde in den Kantonen am häufigsten über obligatorische Referenden (36) abgestimmt, gefolgt von Volksinitiativen (28). Seltener waren fakultative Referenden (12), Gegenvorschläge (12) und Behördenreferenden (9). In Bezug auf die Resultate wurden obligatorische Referenden und Behördenreferenden zumeist angenommen. Von den Gegenvorschlägen wurde die Hälfte angenommen, von den Volksinitiativen ein Fünftel.

Von den Volksinitiativen am deutlichsten angenommen mit einem Ja-Stimmenanteil von 65.4 Prozent wurde eine Verfassungsänderung im Kanton Graubünden. Die Verfassungsänderung schafft die lebenslange Pension für ehemalige Mitglieder der Kantonsregierung ab. Die Initiative hat sich dabei gegen den Gegenvorschlag des Kantonsparlaments durchgesetzt, welcher Übergangszahlungen nach dem Ausscheiden eines Regierungsmitglieds vorgesehen hätte. Das ist selten, nur in Genf erhielt die Volksinitiative mehr Stimmen

als der Gegenvorschlag, auch wenn beide abgelehnt wurden. In den anderen zehn Fällen, in denen eine Volksinitiative gleichzeitig mit einem Gegenvorschlag zur Abstimmung kam, bevorzugte das Stimmvolk den Gegenvorschlag.

Die Stimmbeteiligung war in Schaffhausen aufgrund der dortigen Stimmpflicht mit über 60 Prozent am höchsten. In den meisten anderen Kantonen wurde die Stimmbeteiligung stark von den nationalen Abstimmungsvorlagen am gleichen Tag getrieben. Mit 15 Abstimmungen war der Kanton Genf der aktivste Kanton in Bezug auf direkte Demokratie.

Abbildung 2: Typus und Ja-Stimmen-Anteil kantonaler Volksabstimmungen im Jahr 2025.



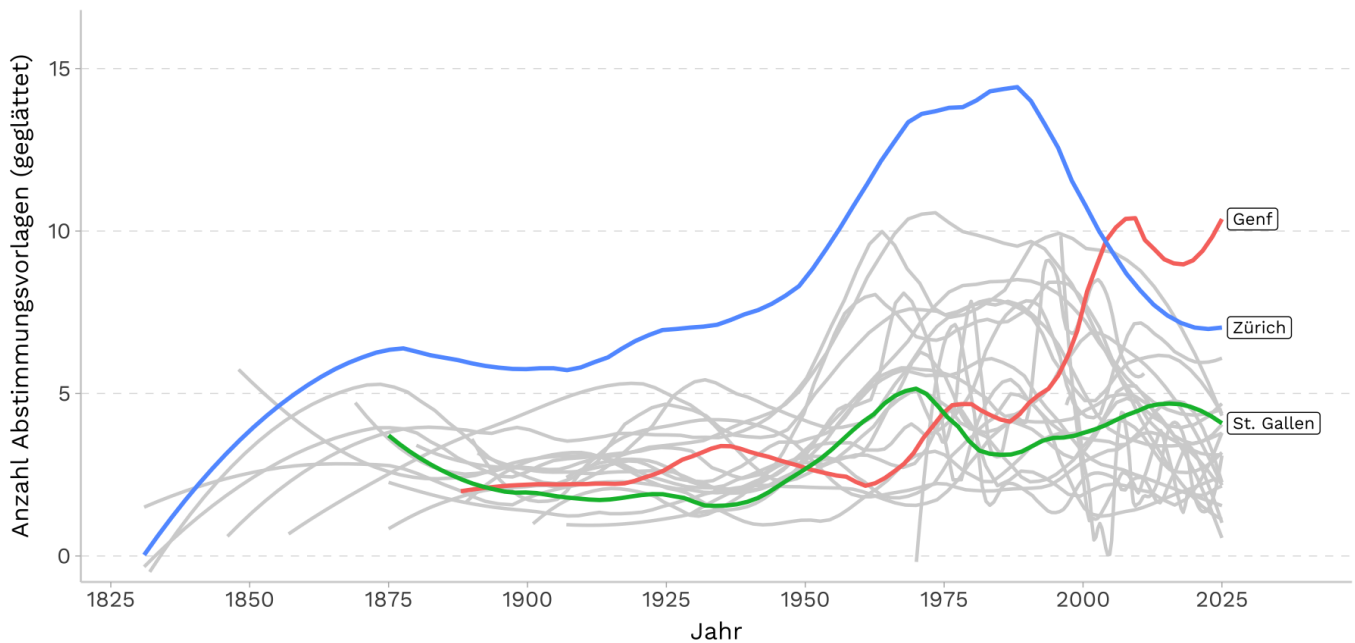
Quelle: RDB, N = 97. Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto, basierend auf Labud et al. (2026).

Kantonale Abstimmungen seit 1831: das Ende des partizipativen Zeitalters?

Im Berichtsjahr 2025 haben wir den Datenbestand der RDB um rund 4'800 zusätzliche kantonale Volksabstimmungen von 1831 bis 1970 ergänzt. [2] Dadurch wuchs der Bestand an kantonalen Abstimmungen in der RDB auf rund 11'000 an. Eine Analyse dieser historischen Daten schärft das Bild der direkten Demokratie in der Schweiz. Es zeigt sich, dass die heutige direkte Demokratie auf kantonaler Ebene das Ergebnis einer langen Entwicklung ist, bei der sich die Instrumente und die Beteiligung über fast 200 Jahre hinweg stark gewandelt haben.

In Abbildung 3 lässt sich besonders gut das partizipative Zeitalter erkennen – die Phase zwischen 1970 und dem Ende des Jahrtausends war eine Hochphase kantonalen Abstimmungen. In diesen 30 Jahren fanden mehr Abstimmungen statt als in den 140 Jahren davor.

Abbildung 3: Anzahl kantonaler Volksabstimmungen 1831–2025.



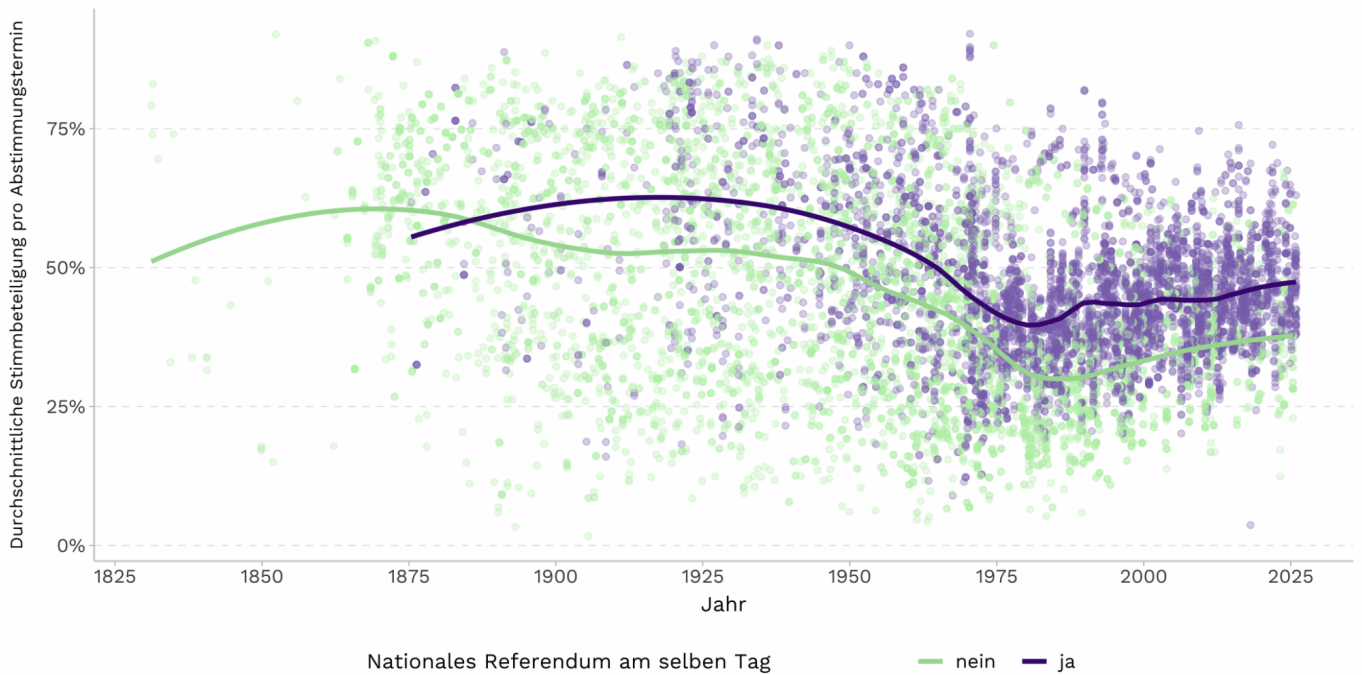
Quelle: RDB, N = 10'703. Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto, basierend auf Labud et al. (2026).

Ein möglicher Grund für den massiven Anstieg der Volksabstimmungen in den 1970ern war die Einführung des Frauenstimmrechts. Da sich die Wählerschaft dadurch verdoppelte, die Unterschriftenhürden für Initiativen und Referenden aber oft erst Jahre später angepasst wurden, wurde die Auslösung von Abstimmungen faktisch erleichtert. Weitere Veränderungen in der politischen Partizipation und das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen dürften hingegen ebenfalls eine Rolle gespielt haben. [3] Mittlerweile scheint sich die Zahl der kantonalen Abstimmungen aber wieder an die Zeit vor dem partizipativen Zeitalter angeglichen zu haben.

Neben der gestiegenen Zahl der Volksabstimmungen beobachten wir seit den 1970er-Jahren auch einen klaren Trend zur Vereinheitlichung der Abstimmungstermine. Während die Kantone im 19. Jahrhundert an sehr vielen unterschiedlichen Tagen abstimmten, werden kantonale Vorlagen heute fast ausschliesslich an den vier national definierten Terminen durchgeführt.

In Bezug auf die Stimmbeteiligung sehen wir in Abbildung 4, dass die Stimmbeteiligung bei nationalen Abstimmungen fast immer über jener bei kantonalen Vorlagen liegt. Die Daten zeigen zudem, dass die Stimmbeteiligung im 19. Jahrhundert teilweise deutlich höher war als während des partizipativen Zeitalters in den 1970er- und 1980er-Jahren. Seither ist die Stimmbeteiligung wieder leicht gestiegen.

Abbildung 4: Stimmbeteiligung in nationalen und kantonalen Volksabstimmungen, 1831–2025.



Quelle: RDB, N = 10'322. Glättung mittels LOESS (Span = 0.35). Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto, basierend auf Labud et al. (2026).

Zusammenfassung und Ausblick

Aus unserer Sicht bietet der Studienbericht «The World of Referendums: 2025 Edition» einen guten Startpunkt für weiterführende Forschung, die sowohl einzelne Volksabstimmungen vertieft untersucht als auch interessante Aspekte miteinander vergleicht.

Auf internationaler Ebene hat sich 2025 erneut gezeigt, dass Volksabstimmungen sowohl für autokratische als auch für demokratische Zwecke eingesetzt werden können. In Guinea und Ungarn wurden auf den ersten Blick demokratische Instrumente zu Autokratisierungszwecken instrumentalisiert. Dieses Phänomen ist zwar nicht neu, aber trotzdem besorgniserregend. Demgegenüber konnte das Stimmvolk in Ecuador der zunehmenden Autokratisierung und Militarisierung ihres Landes an der Urne entgegenwirken. Um solch unterschiedliche Anwendungen direktdemokratischer Instrumente erkennen zu können, ist es aus unserer Sicht auch weiterhin relevant, die genauen Umstände individueller Volksabstimmungen zu erfassen und zu beurteilen.

Auf kantonaler Ebene in der Schweiz war die Themenvielfalt in der direkten Demokratie erneut sehr gross. Divergierende Abstimmungsergebnisse zu ähnlichen Themen deuten auf kantonsspezifische Meinungsbildungsprozesse und eine grosse kantonale Diversität hin. Für Menschen mit psychischer Beeinträchtigung ist es ein Stück weit Glückssache, ob sie die vollen politischen Rechte erhalten, währenddem sich das kantonale Stimmvolk bei den politischen Rechten von Ausländerinnen und Ausländern eher einig zu sein scheint.

2026 werden wir die Berichterstattung weiterführen. Im ersten Quartal 2026 haben bereits Volksabstimmungen in Thailand, Kambodscha, Kasachstan, Italien und den Malediven, aber auch in der Schweiz auf nationaler und kantonaler Ebene stattgefunden. In den nächsten Monaten stehen weitere wichtige Abstimmungen an. Für die Schweizer Kantone rechnen wir wiederum mit rund 100

Abstimmungen. Mögliche Unabhängigkeitsreferenden in Alberta (Kanada) und Neukaledonien (Frankreich) sowie eine potenzielle Abstimmung in Island über die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsgesprächen könnten die Agenda bis 2027 prägen. Auch ein allfälliges Friedensabkommen der Ukraine mit Russland müsste wohl in einer hart umkämpften Volksabstimmung abgesegnet werden. Die Welt der direkten Demokratie bleibt daher auch in den nächsten Monaten spannend.

Referenzen:

[1] Wyl, Benjamin von. 2025. "ETH-Politologe: Abstimmungen Eine «Warnung» Für Italiens Linke." *SWI Swissinfo.ch*.

<https://www.swissinfo.ch/ger/globale-wahlen/italiens-bürgerrechts-abstimmung-sei-warnung-für-die-politische-linke-sagt-ein-eth-politologe/89494474?nab=0>

[2] Die neu hinzugefügten Daten zu kantonalen Volksabstimmungen vor 1970 wurden dem RDB-Team von Professor Dominik Hangartner (ETH Zürich) und Professor Lukas Schmid (Universität Luzern) zur Verfügung gestellt. Die Daten wurden zwischen 2010 und 2015 von einem Forschungsteam an den Universitäten Bern und St. Gallen erhoben. Wir danken Nils Bürk, Dominik Hangartner, Fabian Morgenthaler, Vasco Schelbert, Lukas Schmid und Christian Vogt für ihre Arbeit bei der Datenerhebung und Datenaufbereitung.

[3] Trechsel, Alexander H., and Uwe Serdült. 1999. *Kaleidoskop Volksrechte: Die Institutionen der direkten Demokratie in den schweizerischen Kantonen (1970-1996)*. Collection genevoise. Basel: Helbing & Lichtenhahn.

[4] Brüggenmann, Salim, Robin Gut, Uwe Serdült, and Jonas Wüthrich. 2023. *The World of Referendums: 2023 Edition*. Centre for Democracy Studies Aarau. Study Report of the Centre for Democracy Studies Aarau, 24.

<https://www.zdaarau.ch/de/publikationen/the-world-of-referendums-2023-edition/>.

[5] Ezzaini, Juri, Jonas Wüthrich, Salim Brüggenmann, Kymani Koelewijn, Gianluca Sorrentino, Robin Gut, and Uwe Serdült. 2024. *The World of Referendums: 2024 Edition*. Aarau. Study Report of the Centre for Democracy Studies Aarau, 30.

<https://www.zdaarau.ch/de/publikationen/the-world-of-referendums-2024-edition/>.

[6] <https://www.zdaarau.ch/de/projekte/online-datenbank-zu-volksabstimmungen/>

Labud, Mara, Kymani Koelewijn, Gianluca Sorrentino, Robin Gut, and Jonas Wüthrich. 2026. *The World of Referendums: 2025 Edition: An overview of popular votes in 2025*. Study Report of the Centre for Democracy Studies Aarau, 33.

<https://www.zdaarau.ch/de/publikationen/the-world-of-referendums-2025-edition/>.

The World of Referendums: 2025 Edition

Dieser Beitrag fasst die wichtigsten Erkenntnisse des Studienberichts «The

World of Referendums: 2025 Edition» zusammen. Im Studienbericht analysieren und vergleichen wir alle internationalen und kantonalen Volksabstimmungen im Jahr 2025. Dabei untersuchen wir Häufigkeit, Typus, Annahmerate, Stimmbeteiligung und Thema der einzelnen Volksabstimmungen. Ebenfalls werten wir erstmals kantonale Volksabstimmungen von 1831 bis heute aus. Der Studienbericht baut auf den *World of Referendums* Berichten 2023 [4] und 2024 [5] auf, welche eine Übersicht zu Volksabstimmungen weltweit und in der Schweiz bieten. Sämtliche Analysen basieren auf der Referendum Database (RDB) [6] des Zentrums für Demokratie Aarau, die Volksabstimmungen weltweit erfasst und vergleichbar macht.

Über die Referendum Database

Die Referendum Database RDB wurde 1994 an der Universität Genf gegründet. Sie beinhaltet wichtige Kennzahlen zu allen nationalen Volksabstimmungen weltweit, sowie eine wachsende Anzahl subnationaler Volksabstimmungen. Die zusätzlichen institutionellen Variablen zu den jeweiligen Staaten sowie die Auswertungen des RDB Teams machen die Referendum Database zu einer wertvollen Quelle für Forscher:innen, Medienschaffende und interessierte Bürger:innen.

Ein interdisziplinäres Team aus Jurist:innen und Politikwissenschaftler:innen am Zentrum für Demokratie Aarau bewirtschaftet die RDB und entwickelt sie laufend weiter. So sollen in Zukunft die Landsgemeinde-Abstimmungen in der RDB vervollständigt, sowie Abstimmungsergebnisse auf Gemeindeebene erfasst werden. Periodisch veröffentlichen wir weitere Berichte und Analysen. Ebenfalls erneuern wir zur Zeit die technischen Grundlagen der RDB, indem wir ein neues Datenschema und eine neue Webseite entwickeln.

Der Datensatz und das Codebook sind auf <https://c2d.ch/> respektive <https://rdb.rpkg.dev/dev/articles/codebook.html> abrufbar.

Es ist möglich, dass der Studienbericht, der Datensatz oder der Analysecode trotz sorgfältiger Prüfung Fehler oder Inkonsistenzen enthalten. Bitte senden Sie uns Verbesserungsvorschläge an feedback@rdb.vote.

Bild: [SRF](#)